

Beschluss 161 Straßenbande - Wir meinen es ernst gegen rechts!

Antragsteller*in: Carl-Emil Förster, Lian Belgardt, Jule Struck, Marlene Tillack, Max Michalek, Emilia Fester, Jalda Rahimi, Celina Schmidt, Leon Meyer, Zeliha Durmuş, Lysander Gipp

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Leitantragsdebatte & aktuelle politische Lage

Antragstext

1 161¹ Straßenbande - Wir meinen es ernst gegen 2 rechts!

3 Der Rechtsruck in Deutschland hält weiter an. Spätestens nach den Landtagswahlen
4 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg dürfte allen klar sein, dass sich der
5 Rechtsruck auch in den Wahlergebnissen zeigt. Besonders besorgniserregend ist,
6 dass auch junge Menschen vermehrt die rechtsextreme AfD wählen, weil sie
7 vermeintlich einfache Antworten auf ihre Ängste liefert. Spätestens beim zweiten
8 Hinsehen wird klar, dass das Wohl der Menschen nicht das Hauptinteresse der AfD
9 ist. Rechte trauen sich jetzt wieder ihre rechtsextremen Fantasien öffentlich
10 auszuleben. Rechtsextreme werden nicht trotz, sondern wegen ihrer
11 rechtsradikalen Forderungen gewählt. Diese Situation führt zu realen Gefahren
12 für marginalisierte Gruppen wie migrantisierten und queeren Menschen. Das wurde
13 zuletzt bei Angriffen auf Geflüchtetenunterkünfte sowie bei Gegendemonstrationen
14 zu CSDs² wie zum Beispiel in Bautzen deutlich. Deswegen ist es richtig, dass
15 jetzt ein Antrag im Bundestag für ein mögliches AfD-Verbot im Gespräch ist, der
16 von Abgeordneten aus SPD, Union, Grünen und Linkspartei unterstützt wird.

17 Auch in Hamburg sieht es nicht viel besser aus. Der kürzliche Bruch des
18 Kirchenasyls lässt uns schockiert zurück. In den frühen Morgenstunden des
19 30. Septembers 2024 sind Ausländerbehörde und Polizei in den geschützten Raum der
20 Kirche eingedrungen und holten einen schwer erkrankten Geflüchteten aus den
21 Räumen der katholischen Gemeinde St. Christophorus im Stadtteil Lohbrügge. Solch
22 ein Vorgang darf sich niemals wiederholen. Das Kirchenasyl muss respektiert
23 werden und das Menschenrecht auf Asyl ist unverhandelbar!

24 Bezahlkarte? Nein danke! Hamburg wählt Teilhabe statt
25 Ausgrenzung!

26 Hamburg ist eine Stadt der Vielfalt, doch Rassismus und Diskriminierung sind
27 weiterhin bittere Realität. Besonders geflüchtete Menschen sind oft von
28 Ungleichheit betroffen. Die Bezahlkarte für Geflüchtete, die bundesweit zuerst
29 in Hamburg eingeführt wurde, symbolisiert diese Ungerechtigkeit: Sie erschwert
30 nicht nur die Integration, sondern fördert zudem eine entwürdigende Überwachung
31 dieser Menschen. Wir sagen ganz klar: Schluss damit! Echte Teilhabe bedeutet
32 finanzielle Eigenständigkeit und gleiche Chancen für alle, unabhängig von
33 Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Wir fordern, dass Hamburg eine Stadt wird, die
34 allen Menschen gleiche Rechte und Möglichkeiten bietet. Das bedeutet den Abbau
35 unnötiger bürokratischer Hürden und den Zugang zu fairen Bildungs- und
36 Arbeitsmöglichkeiten.

37 Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung dürfen in Hamburg keinen Platz haben.
38 Wir brauchen eine Migrationspolitik, die Vielfalt nicht als Herausforderung,
39 sondern als Stärke und Bereicherung begreift. Eine Migrationspolitik, die
40 Geflüchtete nicht auf ihre Verwertbarkeit im kapitalistischen System reduziert,
41 sondern sie als Menschen anerkennt. Unsere Gesellschaft profitiert von den
42 unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen, die Menschen mitbringen – dies
43 müssen wir in unserer Politik stärker verankern. Hamburg hat das Potenzial, eine
44 Stadt zu sein, die ein Vorbild für eine inklusive, offene und gerechte
45 Gesellschaft darstellt. Dafür setzen wir uns ein, mit einer klaren Haltung gegen
46 Rassismus und für die Anerkennung und Unterstützung aller Menschen, die in
47 dieser Stadt leben.

48 Außerdem hat sich in den Bezirksversammlungswahlen im Juni 2024 mal wieder
49 gezeigt, dass die grünen Wahlergebnisse traditionell in der Innenstadt stark
50 sind, während es in den Randstadtteilen wie Billstedt, Lurup und Neugraben ganz
51 anders aussieht. Die Sorgen und Ängste der Menschen aus den Randbezirken müssen
52 endlich ernst genommen werden. Ein weiteres Zurücklassen dieser Menschen
53 gefährdet den zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt.

54 In diesen Zeiten müssen wir erst recht zusammenstehen und dürfen uns nicht
55 spalten lassen. Es ist an der Zeit, wieder mit linken Themen in die Offensive zu
56 kommen, anstatt den Rechten hinterherzulaufen, wie es zuletzt auch Bündnis 90 /
57 DIE GRÜNEN getan hat. Solidarität bleibt unser Mittel, wir stehen fest an der
58 Seite der Menschen, die unter dem Rechtsruck am meisten leiden. Es sind die
59 alltäglichen Sorgen der Menschen, für die die Politik keine Lösungen parat hat.
60 So haben wir in Hamburg eine massive Wohnraumkrise. Gerade junge Menschen wie
61 Auszubildende und Studierende, die neu in die Stadt kommen, können sich die
62 Mieten kaum leisten oder finden erst gar kein WG-Zimmer.

63 Gleichzeitig entstehen weiterhin Luxuswohnungen in der Hamburger Hafencity, die
64 sich nur die allerwenigsten leisten können. Außerdem stehen weiterhin viele
65 Wohnungen leer, während der soziale Wohnungsbau nicht mit dem nötigen Tempo
66 vorangeht. Auch die Infrastruktur ist in der Innenstadt häufig in deutlich
67 besserem Zustand als am Stadtrand.

68 Viele junge Menschen können sich das Leben in der Stadt kaum noch leisten. In
69 der Stadtplanung muss endlich mitgedacht werden, dass es mehr Orte und
70 Innenräume ohne Konsumzwang braucht, an denen Menschen jeden Alters
71 zusammenkommen können, ohne dass sie 5€ für einen Kaffee hinblättern müssen. Die
72 Unterstützung der Jugendzentren in Stadtteilen wie Osdorf und Harburg sind ein
73 entscheidendes Mittel gegen die Vereinzelung.

74 Auch ist viel zu oft das Konto leer, bevor der Monat am Ende ist, sodass zum
75 Mittagessen nur Nudeln mit Ketchup bleiben. Es ist an der Zeit, die realen
76 Ängste vor dem finanziellen Abstieg der Menschen endlich ernst zu nehmen und
77 genau für diese Menschen Politik zu machen. Nur so können wir Misstrauen in die
78 Politik und einer Abkehr von demokratischen Parteien vorbeugen. Auch die
79 Hamburger Grünen müssen soziale Politik in den Vordergrund stellen, damit die
80 Menschen überall in der Stadt endlich finanziell abgesichert sind.

81 Lasst uns Banden bilden - jetzt erst recht!

82 Die Proteste für Demokratie und gegen rechts im Frühjahr 2024, bei denen in
83 Hamburg mehrere Hundert tausend Leute auf den Straßen waren, haben gezeigt, dass
84 Hamburg sich wehrt. Das gibt uns Hoffnung! Zusammen werden wir auch in Zukunft
85 mit Interessenverbänden, Gewerkschaften und anderen linken Jugendorganisationen
86 auf der Straße Druck auf die Parlamente ausüben. Denn gemeinsam sind wir stark!
87 Als GRÜNE JUGEND Hamburg sind wir weiterhin laut, links, antifaschistisch und
88 entschlossen. Wir glauben an echte Veränderung, bilden Banden und kämpfen weiter
89 für das gute Leben für alle! Sei dabei!

90

91 1 Die Zahlenkombination 161 steht für den ersten beziehungsweise sechsten
92 Buchstaben des Alphabets und ergibt AFA. Dies ist eine Abkürzung für
93 Antifaschistische Aktion.

94 2 CSD steht für Christopher Street Day. Der CSD ist ein queerer Gedenk- und
95 Demonstrationstag.

Begründung

erfolgt mündlich